



Foto: dpa/Marjan Murat

Ungelöste Machtfragen bei Grün-Schwarz

Das Schicksal ist ein launisches Wesen: Thomas Strobl muss um seinen Posten als CDU-Landeschef bangen.

Doch das Parteiestablishment stützt ihn – vorerst noch. Auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann ist durch die sich abzeichnende Ampelkoalition in Berlin geschwächt.

Von Reiner Ruf

Die Hand umfasst den Griff des Schwertes, doch der Stahl bleibt in der Scheide – und die Waffe unter dem Mantel verborgen. In der CDU sind wieder die Meuchler unterwegs. Aber keiner zieht blank, sagt ein CDU-Insider, weil jeder von ihnen wisse: „Wer aus der Deckung kommt, über den fallen die anderen her.“

Die Sprache bei den Christdemokraten ist so blumig geworden wie die Lage prekär. „Homo homini lupus est“, klagte Seneca, der Philosoph. Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf. So tief ist die Partei gefallen, dass es erneut eng wird für Thomas Strobl. Seit zehn Jahren führt der 61-Jährige die Landespartei. Keinen Tag blieb er in dieser Zeit unangefochten, sein Cäsar-Haupt ist darüber weiß geworden, sein Teint aber leuchtet kastanienbraun. Ein Tag Gartenarbeit genügt, sagt Strobl, und schon sehe er aus, als habe er eine Gipfeltour im gleißenden Sonnenlicht hinter sich. Dabei kommt er zumeist von einer Scheckübergabe für Glasfaserkabel an ein Rudel Bürgermeister oder von Kaffee und Kuchen bei den Senioren-Union.

Der CDU-Landesvorsitzende erlebt in diesen Tagen wieder einmal „Iden des März“-Momente. Seine politische Existenz ist bedroht – zumindest jene als Landespartei- und als Stellvertreter im Bundesvorsitz. Wenigstens eine Handvoll Granden aus dem CDU-Establishment interessiert sich für sein Erbe. Strobls Glück liegt darin, dass die Machtfrage unter den Zenturionen nicht geklärt ist. Und solange das so bleibt, werden diese die Feuerchen der Revolte austreten, die an der Parteibasis auflodern.

Dort, bei den Ehrenamtlichen, breitet sich die Grundstimmung aus: „So kann das nicht weitergehen.“ Die 17 Prozent, welche die Landes-CDU in der Umfrage von Stuttgarter Zeitung und SWR jüngst einfuhr, haben nicht dazu beigetragen, die Aufregung nach der Pleite bei der Bundestagswahl zu mildern. In Südbaden wurden auf einem Parteitag am Wochenende Rücktrittsforderungen an Strobl adressiert. Doch Lautstärke und Erfolg standen bei badischen Revolutio-

nären immer schon in einem ungünstigen Verhältnis. In Südwürttemberg-Hohenzollern fand sich der Balingen Landrat Günther-Martin Pauli öffentlich ziemlich allein mit seiner Kritik an Strobl, der „außer dem Willen zur Macht nicht mehr viel im Gepäck“ habe. In Nordbaden macht Agrarminister Peter Hauk als Bezirkschef einem Jüngeren Platz, um Druck aus dem Kessel zu nehmen.

Und so zucken die möglichen Thronprätendenten zurück – und dementieren mit unschuldigem Lächeln alle böse Absichten. Unter den Bundestagsabgeordneten ragt Andreas Jung (46) heraus – als Politiker, der mit seinem Auftreten und in seiner Grundgestimmtheit liberale bürgerliche Wähler erreichen kann, die sich bisher bei den Grünen wohlfühlen, solange diese ihnen nicht ihren SUV madig machen. Jung könnte Caesar an Stelle Caesars werden. Aber er kommt von der Insel Reichenau, wo die Alpen nah und Gedanken nicht fernliegen, dass es im Leben noch was anderes geben könnte als Politik. Er ist nicht der Mann, der den Rubikon überschreitet. Landesvorsitzender? Iwo, sagt er. Mit Strobl arbeite er „vertrauensvoll zusammen“.

Über die stärksten Truppen verfügt Steffen Bilger in Nordwürttemberg, doch das ist auch Strobls Heimatverband. Bilger dementiert ebenfalls, mit 42 Jahren hat er noch Zeit. Thorsten Frei (48) fehlt der Rückhalt in der Partei, und Thomas Bareiß (46), Bezirkschef in Südwürttemberg-Hohenzollern, laboriert an allzu innigen Aserbajdschan-Kontakten. Der Europaabgeordnete Daniel Caspary (45) gilt eher als Leichtgewicht. Anders dagegen Manuel Hagel, der junge Apollo im Kosmos der CDU-Landtagsfraktion. Der 33-Jährige arbeitet fleißig an Konzepten und Kontakten, auch seine Zeit kommt noch, bis dahin zeigt er lächelnd seine Zähne, die so weiß sind wie Carrara-Marmor.

„Strobl ist unser Pontifex Maximus in der Koalition“, sagt ein Abgeordneter aus dem Südbadischen. Das ist der zweite Grund, weshalb die Christdemokraten zögern, ihren Landeschef beim Parteitag Mitte November abzuschütteln: Sie brauchen ihn nicht in der Partei, aber in der Koalition mit den Grünen,

von denen sie fürchten, sie könnten stiftet gehen. Strobl lässt gern durchblicken, dass er es gewesen sei, der den Ministerpräsidenten bei der Stange hielt. Tatsächlich verbindet Winfried Kretschmann ein Vertrauensverhältnis zu seinem Vize.

Für Strobl gestaltete sich der Ausgang der Bundestagswahl fatal, weil damit verblühte Karrierehoffnungen seiner Parteifreunde im Bundestag verstärkt nach Stuttgart gelenkt wurden. Aber auch für Kretschmann endete die Wahl enttäuschend, hatte er doch auf Schwarz-Grün oder wenigstens auf eine Jamaikakoaalition gehofft. Aber egal, die Wahl ist gelaufen. Kretschmann sagt in solchen Fällen: „Der Zug isch aus.“ Ein CDU-Politiker analysiert: „Verlierer der Ampel ist Baden-Württemberg.“ Strobl und Kretschmann hätten sich in einer Schwarz-Grün-Kombination die Bälle zuspitzen können. So aber sei Kretschmann zwar bei den Verhandlungen in Berlin mit von der Partie, aber die Politik der Grünen bestimmten andere. In Jugendsprache übersetzt: Im ampelblinken Berlin ist der Ministerpräsident aktuell ziemlich „lost“. Das Schicksalsrad dreht sich. „Fortuna plango vulnera, stillantibus oculis“, heißt es in den Handschriften von Benediktbeuern. „Die Wunden, die Fortuna schlug, beklage ich mit nassen Augen...“

Für Thomas Strobl gestaltet sich der Ausgang der Bundestagswahl fatal, weil damit verblühte Karrierehoffnungen seiner Parteifreunde im Bundestag nach Stuttgart gelenkt werden.

So bietet sich in Stuttgart machtpolitisch ein Panorama, das nicht frei von ironischen Spiegelungen ist. Die CDU setzt auf Kretschmann und zeigt – jetzt, da sie weiß, dass der im Südwesten Unbezwingbare bei der nächsten Landtagswahl nicht mehr antritt – keinerlei Interesse, den Ministerpräsidenten loszuwerden. Das gilt nicht nur für Strobl, dessen Lebensversicherung Kretschmann darstellt. Auch die CDU will den Regierungs-

chef im Amt halten, wo sie doch in Person von Angela Merkel gerade erfahren musste, wie leicht die Stabübergabe misslingen kann. Bei Kretschmann und den Grünen, so spekulieren die Christdemokraten, wird der Übergang ebenfalls schiefliegen.

Tatsächlich steigert das Merkel-Trauma der CDU in Berlin die Nervosität bei den Grünen in Stuttgart. Dazu kommt Kretschmanns Fremdeln mit der Ampel und insbesondere mit dem Kanzler in spe Olaf Scholz, den er für arrogant hält. Auf Kretschmanns Statthalter in Berlin, Rudolf Hoogvliet, wartet viel Arbeit, um das Land im Spiel zu halten.

Potenzielle Kretschmann-Nachfolger wie Fraktionschef Andreas Schwarz und Finanzminister Danyal Bayaz beäugen sich misstrauisch, dementieren aber verzweifelt aktuelle Ambitionen. Die Konkurrenz wird spürbar, wenn sie sich in den Haushaltsberatungen gegenseitig belehren. Beide müssen noch ihre Mitte finden. Schwarz' Auftritt ist brav, Bayaz wirkt wild. Als der Finanzminister bei den Etatberatungen seinen Parteifreund Winfried Hermann abtropfen lassen wollte, kam das bei dem alten Fuchs schlecht an. Er ließ Bayaz wissen, wenn dieser nicht mehr Geld herausricke, stelle er, Hermann, an jeder Brücke, die mangels Sanierung gesperrt werden müsse, ein Schild auf: „Danyal Bayaz ist schuld.“ Dann werde Bayaz schon sehen, wohin das führe. Mitgedacht werden durfte: nicht in die Villa Reitzenstein.

Kretschmann muss darauf hoffen, dass Strobl Caesar in der CDU bleibt. Strobls Bühne ist Stuttgart, hier liegt sein Erfolg. Strobl braucht Stabilität in der Koalition. Das nutzt Kretschmann. Ein Bundestagsabgeordneter als CDU-Landeschef hingegen würde immer versucht sein, den Landesverband gegen eine Bundesregierung in Stellung zu bringen, in der die Grünen prominent vertreten sind. Das schafft Instabilität und schadet Kretschmann. So sind die beiden aufeinander angewiesen, Strobl und Kretschmann – auch wenn der Regierungschef so tut, als sei ihm gleichgültig, was in der CDU passiert. „Zwei Jahre noch“, sagt ein CDU-Zenturio mit Blick auf Strobl. Aleae iactae non sunt. Noch sind die Würfel nicht gefallen.

Demokratie muss attraktiver werden

Die erste Sitzung des Bundestags ist eine Feierstunde der Demokratie. Er muss sich aber selbst reformieren.

Von Christopher Ziedler

Die Rituale der Demokratie in Aktion zu erleben hat etwas Erhabenes. Wie sich ein Wahlergebnis in neue Sitzordnungen und neue Personalien verwandelt, wie sich der Übergang der Macht von den einen zu den anderen friedlich vollzieht, sollte nie als selbstverständlich hingenommen werden. Die parlamentarische Demokratie, die mit der ersten Sitzung des 20. Deutschen Bundestages gefeiert wurde, steht unter Druck. Umso besser, dass sowohl der nun ausgeschiedene Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble wie auch seine Nachfolgerin Bärbel Bas in beeindruckenden Reden eine Veränderung einforderten.

Dabei geht es nicht nur darum, das Parlament auf eine sinnvolle Größe zurückzuführen. Die Sozialdemokratin Bas hat darauf verwiesen, dass sich die Abgeordneten mehr um jene bemühen müssen, die das Vertrauen in die Politik verloren haben und sich auch sprachlich nicht repräsentiert fühlen. An Ideen, wie der Bundestag zum Debattenort für alle werden kann, fehlt es nicht. Warum nicht wichtige Debatten in die beste TV-Zeit am Abend legen? Die parlamentarische Demokratie muss Bürgerinnen und Bürger neu von der eigenen Attraktivität überzeugen.

Tiefe Gräben

Die Energiekrise gefährdet den Green Deal der EU. Nationale Egoisten dürfen sich aber nicht durchsetzen.

Von Knut Krohn

Wieder einmal zeigen sich die tiefen Gräben, die sich quer durch die Europäische Union ziehen. Auslöser ist der massive Anstieg der Energiepreise. Dabei reagiert die Kommission schnell und richtig, indem sie bestehende EU-Regeln großzügig interpretiert und den einzelnen Staaten damit weitgehend freie Hand bei der Bekämpfung der Krise lässt. Doch angesichts der Frage, welche Maßnahmen solche Preisanstiege künftig verhindern sollen, gehen die Meinungen der Mitgliedsländer sehr weit auseinander. Es werden fundamentale Auseinandersetzungen ausgefochten.

Dabei geht es auch darum, wie viel Mitspracherecht der Staat im Energiesektor haben darf. Und plötzlich steht eine Frage im Raum, die längst beantwortet schien: Atomkraft – ja oder nein? Sogar der Green Deal, das große EU-Zukunftsprojekt, wird in Zweifel gezogen. So gibt die EU kurz vor dem Klimagipfel in Glasgow ein desolates Bild ab. Das ist fatal, wollte sich Brüssel doch mit seinem Green Deal an die Spitze im Kampf gegen den Klimawandel stellen. Jetzt aber ist die Gefahr groß, dass sich nationale Egoisten durchsetzen und das Projekt tot ist, bevor ihm Leben eingehaucht werden konnte.

Unten Rechts

Der Umverteiler

Alle wollen Finanzminister werden – das hat gute Gründe.

Von Martin Gerstner

Hans, ich brauch Geld. Die Linken sitzen mir im Kreuz.“ – „Gerd, ich habe dir tausendmal gesagt: Du musst mit dem auskommen, was du hast. Ich kann die Scheine auch nicht drucken.“ – „Wieso, es gibt doch die Bundesdruckerei... fällt doch nicht auf, wenn da ein paar mehr...“

Mit diesen Worten pumpte Kanzler Gerhard Schröder damals seinen Finanzminister Hans Eichel an, einen trockenen Sparbuch-Erotiker, der ihm dann ein paar Hundert Millionen für die Steinkohle gab – natürlich gegen Quittung. Das zeigt: Der Job des Finanzministers ist der begehrteste Posten im Land. Bittsteller werfen sich vor ihm auf den Teppich, betteln, schluchzen und drohen. Wenn der Ressortchef gute Laune hat, stopft er jedem ein paar Subventionen in den Hosensack und lässt ihn dann vom Sicherheitsdienst entfernen. Derzeit rangeln Robert Habeck und Christian Lindner um den Job. Von Lindner weiß man, dass er den großen Hebel der Schuldenbremse nicht mal im Schlaf loslässt. Bei Habeck ist man sich nicht sicher. Freunde in der Not lasse er nicht hängen, wird er zitiert. Womöglich muss der Büroteppich bald neu verlegt werden.

Moskau macht dicht – Putin verordnet Zwangsferien

Jeden Tag sterben in Russland offiziell mehr als 1000 Menschen an Covid – inoffiziell ist von 3000 Toten die Rede. Nun versucht das Land eine Vollbremsung.

Von Inna Hartwich

Als die Moskauer Stadtregierung davon sprach, Fitnesscenter, Restaurants und Shoppingmalls zu schließen, stiegen die Buchungszahlen in den Hotels der Regionen nahe Moskau sprunghaft an. Flüge in den Süden verteuerten sich. Die Moskauer wollen weg. Wollen von Corona wenig hören, auch wenn das Virus das Land seit Wochen im Griff hat. Sie wollen raus aus dem staatlich angekündigten Lockdown, der spätestens ab 30. Oktober beginnt, in vielen Regionen bereits an diesem Montag begann.

In Moskau schließen von Donnerstag an Schulen und Kindergärten, Restaurants, Cafés, Frisöre und Sportstätten. Parks bleiben offen, im Gegensatz zum harten Lockdown im Frühjahr 2020 dürfen die Menschen ihre Wohnungen verlassen. Viele Betriebe



Russlands Präsident Putin hat „arbeitsfreie Tage“ angeordnet. Foto: dpa/Alexei Druzhinin

stehen still. Präsident Wladimir Putin hat wieder einmal Zwangsferien angeordnet. „Arbeitsfreie Tage“ nennt er das, bei voller Bezahlung. Die Hauptlast tragen auch dieses Mal die Unternehmen. Die Entscheidung darüber, noch härtere Maßnahmen einzuführen, überlässt er den Regionen.

Russland ist mit vollem Tempo und Bewusstsein in die Katastrophe gesteuert. Seit Wochen steigen die Zahlen der Infizierten an. Niedrig waren sie nie. Am Dienstag mel-

deten die Behörden 36 446 Neuinfizierte und 1106 Tote innerhalb eines Tages. Es war wieder ein Rekord. Dabei handelt es sich um offizielle Zahlen. Russland zählt seine Coronatoten sehr konservativ. Nach einer Pflichtobduktion entscheiden Pathologen, ob nicht eine andere Erkrankung des Patienten ausschlaggebender war. Unabhängige russische Demografen sprechen längst von einer Übersterblichkeit von 3000 Toten täglich.

Nun versucht das Land eine Vollbremsung. Ob es bei einer Woche bleibt, ist ungewiss. Das Dilemma dabei: Die schwache Wirtschaft kann es sich kaum leisten, länger Pause zu machen. Am Wochenende vor dem Lockdown strömten die Menschen in die Restaurants und Cafés, sie machten noch einen Kurztrip, auf Abstände und Maskentragen wurde in Russland von jeher wenig geachtet. In manchen Regionen entstand oft der Eindruck, die Pandemie gebe es gar nicht.

Doch die Krankenhäuser sind voll, 96 Prozent der Covid-Betten sind mittlerweile belegt, Ärzte berichten davon, dass sie ihre Patienten auf den Fluren behandeln müssten. In einigen Kliniken fehlt es an Sauerstoff. Mit abschreckenden TV-Spots und Werbung versuchen die Behörden, die Menschen zu einer

Impfung zu bewegen. Lediglich ein Drittel der Russen ist vollständig geimpft. Russlands Regierung feierte vor einem Jahr ihr Vakzin Sputnik V als ersten weltweit zugelassenen Impfstoff. Doch der Stoff genießt wenig Vertrauen, ausländische Vakzine sind in Russland ohnehin nicht zugelassen. Nach der jüngsten Umfrage des unabhängigen Moskauer Meinungsforschungsinstituts Lewada-Zentrum wollen sich 54 Prozent der Befragten nicht impfen lassen.

Russlands Staatspropaganda tat seit den Anfängen der Pandemie so, als sei Corona nicht schlimmer als Grippe. Mit Kampagnen machte das Staatsfernsehen Stimmung gegen ausländische Impfstoffe – und schwächte so auch das Vertrauen in den eigenen Impfstoff. Das setzte sich in vielen Köpfen fest, selbst unter der Ärzteschaft gibt es viele Impfgegner. Der Ernst der Lage ist vielen nach wie vor nicht bewusst. Das liegt zum einen an manipulierten Zahlen von Kranken und Toten, zum anderen aber auch an der Schicksalsergebenheit: „Na awos“, sagen viele Russen, „es wird schon irgendwie“, und sehen es als Freiheit in einem einengenden Staat, keine Maske zu tragen und auch mal trotz Quarantäne zur Arbeit zu kommen.